

keine Schmal-  
spur Bildung

FÜR  
CHANCEN-  
GLEICHHEIT

KEINE  
ZWANGS-  
EXMATRIKULATION

FEBRUAR '93

# OUTPUT

ZEITSCHRIFT DER ERLANGER INFORMATIKSTUDENTINNEN UND STUDENTEN



# IMPRESSUM

OUTPUT ist die Zeitschrift der Erlanger Informatikstudentinnen und -studenten. Sie wird herausgegeben von der Fachschaftsinitiative Informatik. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:

*M. Klein*

*Z. G.*

*Koch*

*Jürgen*

*Thomson*

*J. G.*

V.i.S.d.P: *Britha Stępianka*, Turnstr. 7, 8520 Erlangen

Datum: 7.7.1992

Auflage: 1200

Druck: Druckladen, Bismarckstraße

## INHALT:

Impressum / Inhalt	2
Neulich in der Studienkommission	3
Neues aus dem Fachbereichsrat	6
Resolution der TechFak-Vollversammlung	8
Pressespiegel	10
Strukturreform? Nicht so!	12
Vorlesungsumfrage	14
Kongreß „Frauen in Naturwissenschaft und Technik“	16
Nachtrag zum Fragebogen für DiplopanndInnen	17
Bayern tut was gegen Rechtsradikalismus (?)	18
Neues vom Rechtskampf	20
Morgengrauen	22
Fehlertolerante Betriebsspannungsanzeige ...	23



# Neulich in der Studienkommission

In diesem Semester gab es zwei StuKo-Sitzungen am 25.11.92 und 3.2.93. Als studentischer Vertreter schied Jürgen Gerhard im November aus, sein Nachfolger wurde Marc Pape (5. Semester).

Bei der Durchsicht der für's SS93 geplanten Lehrveranstaltungen fiel auf, daß die Seminarangebote für Grund- und Hauptstudium teilweise ungünstig verteilt waren. Die StuKo empfiehlt den Lehrstühlen deshalb ab jetzt ungefähr 3 Seminare im Grundstudium und 1 Seminar im Hauptstudium im WS und im Sommersemester umgekehrt anzubieten.

Es sei hier noch einmal darauf hingewiesen, daß Seminare auch Lehrveranstaltungen sind, die als Informatik-Scheine anrechenbar bzw. prüfbar sind.

Ursprünglich war für die jetzigen Erstsemester ein C-Kurs als Vorbereitung auf die Systemprogrammierungsvorlesung geplant. Dieser wurde aber gestrichen, nachdem es hieß, daß in der Algorithmik II die Grundlagen geschaffen werden ...

Die Einführung in die theoretische Informatik im 2., 3., 4. Semester werden Prof. Müller, Prof. Leeb, Priv. Doz. Strehl in dieser Reihenfolge halten.

Es wurde überlegt, ob die Orientierungsvorlesung im 1. Semester in der momentanen Durchführung die StudentInnen überfordere, und ob es nicht in Zukunft günstiger wäre, im 1. Semester die Vorstellung der Nebenfächer und im 2. Semester die der Lehrstühle durchzuführen, d.h. Orientierung I und Orientierung II inhaltlich zu tauschen.

Wir haben als studentische Vertreter darauf hingewiesen haben, daß es in diesem Wintersemester extrem viele parallel stattfindende Lehrveranstaltungen gibt, die viele StudentInnen interessieren und es dadurch zu Studienzeitverlängerung kommen könnte. Der StuKo-Vorsitzende, Herr Strehl, versprach daraufhin, sich im nächsten WS um die Koordination zu bemühen, um die Situation zu entflechten so-

weit dieses möglich ist.

Der Fachbereichsrat wollte eine Stellungnahme der StuKo zur Frage der Anerkennung von Prüfungsleistungen (keine Scheine) an ausländischen Universitäten. Die StuKo ist der Auffassung, daß von 6 Prüfungsleistungen (5 Prüfungen + Diplomarbeit) höchstens 2 außerhalb erbracht werden dürfen, damit es noch ein Erlanger Diplomzeugnis geben kann. Die Frage, warum es unbedingt ein Erlanger Diplomzeugnis sein müsse, wurde dabei nicht beantwortet, es sei denn durch diese Aussage: "Es geht doch nicht, daß Leute durch Europa trampeln und überall eine Prüfung ablegen". Sollte es nicht in Zukunft ein in der EG überall gleichwertiges Diplom geben?

Das Nebenfach Japanologie ist ab jetzt allgemein zugelassen, ein Antrag auf Slavistik als Nebenfach wurde im Einzelfall genehmigt. Ein Antrag auf Zulassung des Nebenfach Kunstgeschichte wurde abgelehnt, da in diesem Fall der Bezug zur Informatik nicht deutlich genug heraus gestellt wurde (das heißt nicht, daß es nicht vielleicht doch einen gibt ...).

Des weiteren wurde ein Antrag auf Genehmigung des Nebenfachs Jura bzw. Recht und Technik gestellt. Bisher war es so, daß die juristische Fakultät sich geweigert hat InformatikerInnen zu Prüfen, aber es gibt mittlerweile einen Professor, der auch InformatikerInnen prüfen will. Der allgemeinen Zulassung des Nebenfachs steht außer der Zustimmung der anderen Juraprofessoren nichts mehr im Wege.

Anders sieht es allerdings aus, wenn jemand mit 1. Staatsexamen Jura ein Informatikstudium beginnt und dieses als Nebenfach Jura anerkannt haben will. Es steht wohl außer Frage, daß diese Person wahrscheinlich mehr Ahnung von Jura hat, als die, die demnächst vielleicht Jura Nebenfach studieren werden. Aber eine Anerkennung ist nur in sofern möglich, daß die 3 Stunden Schein erlas-

# Neulich in der Studienkommission

sen werden (wie gnädig). Laut Aussage von Herrn Merker (dem Rechtsguru der Uni) gibt es nämlich einen Unterschied zwischen Abschlußleistungen, die berufsqualifizierend sind und Eintrittsvoraussetzungen (z.B. das Vordiplom zum Hauptstudium). D.h. im Klartext, wer irgendwo eine Abschlußprüfung gemacht hat, hat zwar das nötige Wissen, aber sein Recht, dieses Wissen an anderer Stelle vielleicht verwerten zu dürfen, verwirrt ("Die Prüfungsleistungen sind mit dem Staatsexamen aufgebraucht"). Wir fragen uns da nur, wo hier der Gedanke zur Studienzeitverkürzung bleibt.

Es sollte sich aber niemand davon abhalten lassen, solche Anträge zu stellen, denn der Verwaltung muß einfach gezeigt werden, daß diese Regelung realitätsfern ist.

Ferner gab es eine Person, die den ersten Teil der Hauptdiplomprüfungen (Mathe, BP, AS) schon hinter sich hatte, und zu diesem Zeitpunkt geplant hatte, Schwerpunkt in der 3. Säule zu belegen. Diese Person stellte nun den Antrag, RA als Schwerpunkt zu belegen. Da RA aber auch wie BP nur in der 2. Säule prüfbar ist, sah die StuKo (aufgrund der Prüfungsordnung) nur die Möglichkeit einer "freiwilligen" Zusatzprüfung. Bei einem Gespräch von Herrn Strehl mit Herrn Merker stellte sich heraus, daß, solange nicht die Noten als Begründung gewählt werden und die Person noch gut in der Zeit liegt, es vollkommene Ermessenssache des Prüfungsausschusses sei, so etwas außerhalb der Prüfungsordnung zu genehmigen. Wir fragen uns nur, wo hier die Chancengleichheit bleibt.

Außerdem haben wir langsam den Verdacht, daß Herr Merker kein Angestellter der Uni, sondern des Ministeriums ist.

In der Sitzung vom 25.11.92 lag ein Antrag von Prof. Bodendorf (WISO, Wirtschaftsinformatik) vor, der wünscht, in die StuKo Informatik aufgenommen zu werden. Da zu diesem Zeitpunkt keine einheitliche Meinung

in der StuKo herrschte, wurde der Antrag am 3.2.93 erneut behandelt. Nachdem der Vorstand des IMMD sich dafür ausgesprochen hatte, Prof. Bodendorf als Gast aufzunehmen, wenn Probleme der WirtschaftsinformatikerInnen behandelt werden, bzw. eine eigene StuKo Wirtschaftsinformatik zu gründen. Der Vorschlag des Vorstandes lautete 4 Informatik-ProfessorInnen, 4 BWL-ProfessorInnen, 0 wissenschaftliche MitarbeiterInnen, 0 Studis. Zuerst fand Prof. Mertens (WISO, BWL, Forschungsgruppe) es nicht lean, für ca. 20 Studierende der Wirtschaftsinformatik 8 ProfessorInnen tagen zu lassen. Da aber die Informatiker es leaner fanden 8 ProfessorInnen der Stuko Wirtschaftsinformatik als 2 mal 20 ProfessorInnen (BWL, Informatik) tagen zu lassen, machte Prof. Mertens den leansten Vorschlag statt 4 nur je 3 ProfessorInnen und dafür jeweils eineN wissenschaftlicheN MitarbeiterIn und 1 Studi zu nehmen. Dieser Vorschlag wurde sofort angenommen, sodaß es in Zukunft wahrscheinlich eine Stuko Wirtschaftsinformatik geben wird, die mit 3 BWL + 3 Informatik ProfessorInnen, 1 wissenschaftlichEr MitarbeiterIn BWL + 1 wissenschaftlichEr MitarbeiterIn Informatik und 2 Studis (der Wirtschaftsinformatik bzw. Informatik) besetzt sein wird.

In Kürze ein paar Sachen, die ielleicht einige Leute Interessieren:

- der lokale NC für 2. - 4. Semester ist abgeschafft
- es gibt (lt. Fakultätentag) Pläne, die Informatik aus dem ZVS-Verfahren herauszunehmen
- in die bundesweite Rahmenprüfungsordnung Informatik ist die Freischußregelung aufgenommen worden (Freischuß heißt, Person meldet sich sehr früh (z.B. innerhalb der Regelstudienzeit



# Neulich in der Studienkommission

oder ähnlich definierter Termine) zu den Prüfungen an. Falls sie die Prüfungen nicht besteht, wird dieser Versuch nicht gewertet, setzt aber das normale Wiederholungsverfahren in Kraft. Ist die Prüfung bestanden worden (egal mit welchem Ergebnis!), gilt sie als abgelegt. Entgegen der weit verbreiteten Auffassung ist dann kein weiterer Versuch mehr möglich)

- die 10. Änderungssatzung der Prüfungsordnung ist seit dem 15.10.92 in Kraft
- Herr Giegler ist zugelassener Prüfer für das Nebenfach Soziologie

und:

die StuKo wird sich im SS 93 mit dem Thema *Hauptstudiumsreform* befassen!

(Anregungen dazu sind herzlich willkommen)

Und für die LeserInnen, die bis hierher durchgehalten haben, hier noch ein paar Anekdoten:

Das Prüfungsamt hatte bisher eine Liste, in der vermerkt stand, welche Scheine und Prüfungen noch abgelegt werden müssen, wenn Leute zu Informatik wechseln wollten, die ein Vordiplom in einem anderen Studiengang (ET, Mathe, Physik, ...) hatten. Da mit der Änderung der Prüfungsordnung, die die Studienreform enthält, diese Veranstaltungen entfallen sind (POP, GdI, ...), ist diese Liste hinfällig geworden. Statt nun den betroffenen Leute zu sagen, sie sollen einen Antrag an den Prüfungsausschuß stellen, wollten das Prüfungsamt von Herrn Strehl eine neue Liste. Eine solche Liste kann es aber nicht mehr

geben, da eine Gleichwertigkeit dieser Vordiplome seit der Reform nicht mehr gegeben ist. Erst in der weiteren Diskussion stellte sich dann heraus, daß dem Prüfungsamt ein diesbezüglicher Antrag vorliegt, den es aber nicht an den Prüfungsausschuß weitergeben möchte, da eine nicht zufällige Namensgleichheit mit einem Mitglied des Prüfungsausschusses vorliegt. Mit Hilfe einer neuen Liste wollten sie so diese Schwierigkeit (den Prüfungsausschuß) umgehen.

Der HS ist nach Urteil von Prof. Schneider so schlecht durchlüftet, daß nicht die Betriebstechnik, sondern die StuKo, der Dekan und der Kanzler davon informiert werden mußten.



Die Unterhaltung war lebhaft und angenehm, aber plötzlich wurden alle hundemüde.

## Neues aus dem FBR

Die Sitzungen vom Dezember und Januar hatten sozusagen keine "besonderen Vorkommnisse", daher habe ich beide zusammengefaßt und berichte nur die wichtigsten Ergebnisse.

Erfreuliche Nachricht: der örtliche NC in den Fachrichtungen E-Technik und Informatik für das 2. bis 4. Semester entfällt ab sofort. Nach Informationen der Hochschulplanungskommission soll der NC in E-Technik ab kommendes Wintersemester ganz entfallen.

Die studentischen VertreterInnen in den Studienkommissionen haben zum Teil auch gewechselt. In der Informatik tritt Marc Papen die Nachfolge von Jürgen Gerhard an, in der E-Technik Tina Weisbach die von Stefan Kaleja.

Vorsitzender des Prüfungsausschusses der Tech-Fak ist bis zum 31.12.95 Prof. Hubert (WW), sein Stellvertreter Prof. Ehrenstein (FT).

Nach langen Diskussionen und der Hinzuziehung juristischen Rates (für die ach so feinen Formulierungen) wurde die Promotionsordnung der Tech-Fak geändert. Da sie für die Normalstudis wohl nicht so interessant ist, werde ich nur kurz darauf eingehen.

Wesentliche Änderung:

Statt wie bisher ein Hauptfach und zwei Nebenfächer, gibts es nur noch ein Hauptfach und ein Nebenfach.

Wer sich genauer für die Promotionsordnung interessiert, kann sich ja bei mir melden.

Unsere zweitägige Erstsemestereinführung wurde auch noch einmal diskutiert. Leider ist es nicht in allen Fachbereichen so selbstverständlich wie in der Informatik, daß eine zweitägige Einführung das Minimum darstellt, um die wichtigsten Infor-

mationen zum Studienbeginn zu vermitteln. Im Protokoll ist zu lesen:

"In einer abschliessenden Diskussion sprach sich der FBR dafür aus, auch künftig zweitägige Einführungsveranstaltungen für Studierende im 1. Semester zu befürworten, sofern sichergestellt ist, daß der Inhalt und die Organisation dieser Veranstaltung sinnvoll und mit den Hochschullehrern der Fachrichtungen und insbesondere mit den Vorsitzenden der Studienkommissionen in schriftlicher Form abgestimmt sind und auf Anfrage dem FBR vorgelegt werden."

Die Stellungnahme zum Aktionsprogramm zur Studienzeitverkürzung ist nun auch ans Ministerium gegangen. Der Studiendekan Prof. Müller (WW) hat kurz die groben Inhalte vorgetragen:

Die Technische Fakultät erachtet die Studiengänge durchaus als in 10 Semestern studierbar. Die dennoch häufigen längeren Studienzeiten resultieren hauptsächlich aus Engpässen bei Praktika, fehlenden Hilfsmitteln, der schlechten Betreuungsrelation und der Tatsache, daß viele Studierende nebenher arbeiten müssen. Es wird außerdem vorgeschlagen, die Regelstudienzeit in Informatik auch auf 10 Semester anzuheben.

(Das 10. Semester in den anderen Studiengängen resultiert aus den Praktika. Diese sind in der Informatik durch die Studienarbeit ersetzt. Sie ist in ihrem realen Umfang mindestens genauso zeitaufwendig, wurde aber bisher in der Regelstudienzeit nicht berücksichtigt.)

Insgesamt sehen die Profs ein längeres Studium als nicht so problematisch an wie die Ministerien. Im Gegenteil wird gerade dadurch die im Ausland anerkannte hohe Qualifikation erreicht. Zudem wird durch Einschränkungen und vermehrte Verschulung die Kritikfähigkeit und Selbständig-



keit der Studierenden gefährdet. Prof. Brand ist sogar der Meinung, daß jedeR Studierende für sich selbst entscheiden muß, wie lange er/sie studieren will, und dieses den Staat überhaupt nichts angehe.

Soweit also aus den letzten FBR-Sitzungen. Einen Teil des Berichts hat mir dankenswerterweise Thomas überlassen. Für nähere Informationen stehen Thomas und ich jederzeit zur Verfügung.

Butta

"DIE WAHRHEIT" UND OTOM VITROLOGI UNLIMITED  
PROUDLY PRESENT:  
**EXKREMINATOR 2**  
- JUDGEMENT DAY -  
DAS GRÄHN KEHRT ZURÜCK!

DER EXKREMINATOR!!  
"WIR SIND WIRTLICH DER BESSERE"  
"SCHNEIDET LAS DICH ENTLASSEN!"  
"TAFFESSER!"

WAS BISHER GESCHAH:  
EINE MASKIERTE GESTALT TERRORISIERT NACHTS  
HARMLOSE ZIERHUNDEHALTER UND ZWINGT DIESE  
ZU PERVERSEN HANDELUNGEN!  
- EIN KRANKER?  
- EIN ANGEHÖRIGER DER STADTREINIGUNG?  
- WO BLEIBT LASSIE?

OH!-ÄH-WALLO YINGS!  
GRRRRR!!  
HIGGINS!!  
HEI GEM, MAC DIC  
TOILE LEERMACHEN!  
JETZ' NOCH!

NA PRIMA! BLODES VIER! KANNSTU NICHT  
MORGENS GACKEN LIE ALLE ANDEREN  
LEUTE AUCH?

?

?

NA MACH' SCHON!  
... OÖ IRRE URLAUB  
MACHEN?

?

?

OGOTTGOTTGOTT!  
SCHWELL!!

?

WIEWIES?  
GERSTÄNDLICH WACHA...  
ICH BRÄUCHTE MAL N'ABGAB  
MANTEL

WENIGE  
HÄUSER  
WEITER...

OH! SCHON SO SPÄT!  
NA, N' PAAR  
EULNISCHEN  
LVR NOCH!

MIN DENN!  
NIE WIEDER DEN  
BLICK SENKEN!  
FÜR FREIE  
GEBREGGE!

KAMPF DEN GCHLEGGCHÄNDERN!!



Resolution der Vollversammlung der Technischen Fakultät der FAU Erlangen-  
Nürnberg vom 16.12.92

## **Wir wenden uns gegen die Vorschläge zur Studienstrukturreform der Konferenz der Finanz- und Kultusminister der Länder (KMK/FMK) und des Wissenschaftsrates**

Die KMK/FMK hat eine Reihe von Vorschlägen zur „Studienreform“ erstellt und am 8.10. veröffentlicht. Der Wissenschaftsrat befürwortet die Einführung von Studiengebühren in Höhe von 1000 Mark pro Semester für alle Studierenden. Wir sind gegen diese Vorschläge, die lediglich Symptome bekämpfen, und fordern ernsthafte Bemühungen zur Verbesserung der Lage der Hochschulen und der Studierenden !

### **1 Verkürzung der Studienzzeit**

Es ist zu begrüßen, wenn jedeR, die/der innerhalb der Regelstudienzeit studieren will, dies auch kann. Die Ursachen der langen Studienzeiten sind jedoch primär in der herrschenden Überlast an den Hochschulen und der immer schwieriger werdenden finanziellen Situation vieler Studierender zu suchen. Ein einfaches „Abschneiden“ der Studienzzeit nach dem 13. oder 14. Semester benachteiligt alle, die sich ihr Studium selbst finanzieren müssen oder mehrere Semester auf Praktikumsplätze oder ähnliches warten müssen.

StudentInnen müssen auch weiterhin das Recht haben, die Gestaltung und insbesondere die Dauer ihres Studiums selbst zu bestimmen. EinE StudentIn, die länger als die Regelstudienzeit studiert, belastet die Universität nicht mehr als einE KurzzeitstudentIn.\*  
Eine generelle Verpflichtung zum Kurzstudium lehnen wir aus diesen Gründen ab. Insbesondere sind Maßnahmen wie die Erhebung von Studiengebühren und Zwangsexmatrikulation nicht geeignet, Studierenden ein schnelleres Studium zu ermöglichen, die auf finanzielle Unterstützung angewiesen sind.

### **2 Differenzierung zwischen berufsqualifizierendem und wissenschaftlichem Studium**

Die bestehende Kopplung von Forschung und Lehre an den Universitäten in Deutschland hat sich bewährt und ist mit ausschlaggebend für das hohe Ansehen des deutschen Bildungssystems.

Die Beschäftigung mit wissenschaftlichen Inhalten darf nicht erst während der Promotion beginnen; das universitäre Studium muß forschungsorientierte Grundlagen vermitteln und Einblicke in aktuelle Forschung ermöglichen.

Wir wehren uns gegen ein arbeitgeberorientiertes Schmalspurstudium auf der einen Seite und die Bildung einer wissenschaftlichen „Elite“, zu der der Zugang von der Finanzkraft der StudentInnen abhängt, auf der anderen Seite.

Die Einführung berufsqualifizierender Studiengänge an den Universitäten führt im übrigen zu einer Benachteiligung der Fachhochschulen, die solche Studiengänge ja schon lange anbieten. Fachhochschulabschlüsse würden zu Abschlüssen dritter Klasse.





### 3 *Finanzielle Anreize für Studierende*

BAFöG ist die soziale Grundsicherung der Studierenden. JedeR soll die Möglichkeit haben, studieren zu können - gleich welche soziale Herkunft sie/er hat. BAFöG darf nicht, wie ein Stipendium, an die Leistung der Studierenden geknüpft werden, da sonst das Existenzminimum nicht mehr gesichert ist.

Es ist mit dem Recht auf Bildung nicht vereinbar, wenn künftig Studierende gezwungen sind, Bankkredite aufzunehmen, um ihr Studium finanzieren zu können.

Preise und Auszeichnungen für „erfolgreiche“ StudentInnen stärken das Konkurrenzverhalten und stehen im Widerspruch zu gesellschaftlichem Solidarverhalten.

### 4 *Finanzielle Anreize für ProfessorInnen*

Eine Verbesserung der didaktischen Fähigkeiten der ProfessorInnen - z.B. durch spezielle Ausbildung - ist zu begrüßen.

Finanzielle Sanktionen für „schlechte“ ProfessorInnen sind jedoch abzulehnen, da die Qualität von Vorlesungen nicht durch Ministerien meßbar ist. Außerdem würden Mittel- oder Stellenkürzungen für Lehrstühle auch zu schlechteren Studienbedingungen für Studierende (weniger AssistentInnen, weniger Bücher etc.) führen.

Stattdessen muß die Beteiligung der StudentInnen bei der Auswahl des Lehrpersonals erweitert werden.

Statt weiterhin die Studierenden für die Misere an den Universitäten verantwortlich zu machen und mit immer repressiveren Maßnahmen ein sinnvolles Studium fast unmöglich (und vor allem unfinanzierbar) zu machen, fordern wir endlich ernsthafte Bemühungen zur Verbesserung der Qualität der Lehre und der finanziellen Ausstattung der Hochschulen.

An diesem <sup>Entscheidungs-</sup>Prozeß müssen Studierende in allen Phasen angemessen beteiligt werden.

**Wir fordern alle StudentInnen auf, im eigenen Interesse mitzudiskutieren und mitzuprotestieren !**

---

\* Nach der jüngsten Sozialerhebung des Studentenwerks müssen 60 % aller Studierenden neben dem Studium jobben, um sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen

\*\* wie u.a. auch von der Hochschulrektorenkonferenz anerkannt wird





# Pressespiegel



Bei der Demonstration in Nürnberg: Die Studenten proben auch den Schulterauschlag mit Professoren, die sich ebenso gegen die Reformideen aussprechen. Foto: Weigert

1200 Studenten demonstrierten in Nürnberg und Erlangen

## Trauer um die Uni

Wissenschaftliches Studium und Chancengleichheit beerdigt

**ERLANGEN** (Eig. Ber./hol/wi) – Auf zwei Protestveranstaltungen in Erlangen und Nürnberg haben sich etwa 1200 Studenten gegen zur Zeit diskutierte Vorschläge zu einer „Studienreform“ gewandt. Sie sperren sich gegen Pläne, die zum Beispiel die Einführung von Studiengebühren und Zwangsexmatrikulation vorsehen.

Bei einem „Trauerzug“ von etwa 1000 Studenten wurden gestern in Erlangen das „wissenschaftliche Studium“ und die „Chancengleichheit“ – so stand es auf zwei Särgen – symbolisch zu Grabe getragen. So weit ist es zwar noch lange nicht - bislang handelt es sich nur um Vorschläge – aber jetzt wollen die Studenten in die Diskussion eingreifen.

### Nebenher jobben

„Wer kein Geld hat, muß nebenher jobben, braucht dann länger, soll Gebühren für die Überschreitung der Regelstudienzeit zahlen, muß dafür noch mehr jobben, braucht noch länger und fliegt schließlich raus“, schilderte in Erlangen der studentische Senatsvertreter Christian Pfeiffer die möglichen Folgen. „Wir rufen daher unseren Politikern zu: Bei diesem Monopoly spielen wir nicht mit!“

„Ich halte Studiengebühren für kein wirksames Instrument, die gegenwärtige Misere an der überfüllten Universitäten zu beseitigen“, unterstützte der Rektor der Universität Erlangen-Nürnberg, Prof. Gotthard Jasper, den Protest

der Studenten. Wenn man damit Studenten treffen wolle, die nach Abschluß eines ersten Studiums immatrikuliert bleiben wollen, um sich die Vorzüge des Studentenausweises zu erhalten, könne „man darüber reden.“ „Aber diese Studenten belasten die Universitäten nicht“, so Jasper.

Gebühren für diejenigen Studierenden vorzusehen, die die Regelstudienzeit um mehr als vier Semester überschritten haben, löse einen gewaltigen Verwaltungsaufwand aus, so der Rektor. „Es würde außerdem zur Verlängerung des Studiums führen, weil der Druck, in der Examensphase nebenher zu verdienen, verstärkt wird.“

„An der finanziellen Unterversorgung der Universitäten haben die Studierenden und die Lehrenden gemeinsam ihre größten Sorgen“, meinte Jasper. In diesem Zusammenhang beunruhigt ihn vor allem der Landtagsbeschluß, jede dritte frei werdende Stelle zu streichen. Die Bayerische Rektorenkonferenz hat dazu in einer Resolution gefordert, die Hochschulen völlig aus dem Stelleneinzugsplan auszunehmen.

### „Dilettantische Versuche“

Auch vor der Nürnberger Lorenzkirche haben etwa 200 Studenten gegen die Reformpläne protestiert. Die Studenten lagen ganz auf der Linie ihrer Erlanger Kommilitonen: Auch Danielle Cudovan von der Fachschaftsvertretung der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät wandte sich gegen die Idee, bei einer Überschreitung der Regelstudienzeit Gebühren einzutreiben.

Damit werde das Studium nur noch teurer, was vor allem für finanziell schwache Studenten eine weitere Belastung bedeute. Schon jetzt würden nur acht Prozent aller angehenden Akademiker aus Arbeiterhaushalten stammen. Mit diesem Vorschlag würde sich die Situation noch verschärfen: „Die Pläne würden einen sozialen Numerus Clausus bewirken.“

Klaus Alfred Schachtschneider, der Dekan der Wiso-Fakultät, lehnte die Vorschläge mit drastischen Worten ab: „Die Überlegungen der an den Reformideen beteiligten Politiker, die diesen Namen übrigens nicht verdient haben, sind im Ansatz falsch konzipiert.“ Mit dem Konzept, ein kürzeres Studium durch eine Begrenzung der wissenschaftlichen Ausbildung zu erkaufen, werde die Uni auf eine reine Ausbildungsanstalt reduziert. „Diese dilettantischen Versuche müssen verhindert werden, um die Universität für die Studentenschaft und den Staat als Hort der Freiheit und wissenschaftlichen Entfaltung zu erhalten.“

# Strukturreform ? Nicht so !

## *KMK, HRK und der ganze Rest ...*

Die Situation an den Hochschulen ist zur Zeit eines der Lieblingsthemen von Politik und Presse. Kaum ein Tag vergeht, ohne daß wieder neue Stellungnahmen oder Vorschläge durch die Zeitungen geistern.

Verfolgt man die Äußerungen von PolitikerInnen und sonstigen "Bildungsexperten" aufmerksam, so stellt man fest, daß sich die Diskussion inzwischen auf zwei Gruppen von Maßnahmen zur Behebung der Hochschulmisere konzentriert. Gemeinsames Merkmal aller Vorschläge ist dabei die Bestrebung, die Studienzeiten zu verkürzen, die angeblich in Deutschland viel zu lang seien.

Zum einen will man deshalb Längerstudierende durch Strafgebühren und andere Zwangsmaßnahmen unter Druck setzen; das im Oktober veröffentlichte "KMK/FMK-Papier", eine Sammlung von Maßnahmen, die von der Konferenz der Kultus- und Finanzminister der Länder verfaßt wurde, fordert Studiengebühren ab 3 Semestern Überschreitung der Regelstudienzeit. (In der Informatik hieße das, daß ab dem 12. Semester gezahlt werden muß.)

### **Bayern vorneweg...**

Auch die bayerische CSU fordert immer wieder die Einführung dieser Strafgebühren. (Zuletzt Staatssekretär Wiesheu auf einer WISO-VV in Nürnberg.) Lediglich über die Höhe des Obulus ist man sich noch nicht einig. Die Vorschläge reichen hier von eher symbolischen Abgaben bis zu kostendeckender Bezahlung des Studiums.

Interessanterweise steht uns demnächst eine

Novellierung des Bayerischen Hochschulgesetzes (BHG) ins Haus. Der jetzige CSU-Entwurf enthält zwar noch keine Strafgebühren, bayerische Alleingänge in dieser Richtung sind aber durchaus denkbar, zumal sich in letzter Zeit immer wieder irgendwelche Parteigrößen entsprechend geäußert haben. Bildungspolitik ist schließlich Ländersache.

Der zweite Punkt, über den inzwischen Konsens besteht, geht wesentlich weiter: Er zielt auf eine komplette Umstrukturierung des Hochschulsystems: Die Uni-Studiengänge sollen auf einen rein "berufsqualifizierenden" Abschluß hin "verschlankt" werden. Berührungen mit Forschung und Wissenschaft sind zu vermeiden. Erst nach diesem Spardiplom können sich Interessierte dann für wissenschaftliche Aufbaustudiengänge bewerben (die dann allerdings zu bezahlen sind).

Diese Pläne werden inzwischen von allen maßgebenden Gremien (Wissenschaftsrat, KultusministerInnen- und HochschulrektorInnenkonferenz, Bundeskabinett) unterstützt. Zur Zeit wartet alles auf den sogenannten "Bildungsgipfel", der voraussichtlich im Juni in Bonn stattfinden wird und auf dem die Konzepte für ein neues Hochschulsystem beschlossen werden sollen.

### **Prima Pläne ?**

Von studentischer Seite ist immer wieder auf die Unsinnigkeit und Ungerechtigkeit der verschiedenen Maßnahmen hingewiesen worden - allerdings mit wenig Erfolg. Anscheinend will niemand wahrhaben, daß die Studierenden nicht so lange brauchen, weil sie steuerfrei arbeiten und sich günstig krankenversichern wollen. Die wirklichen



Gründe für die langen Studienzeiten - überlast an den Hochschulen und schlechte finanzielle Situation der Studis, werden zwar immer in Nebensätzen gewürdigt, ansonsten aber ignoriert. Der unsolidarische Bummelstudent paßt halt besser ins Feindbild.

Ähnlich ignorant geht man mit dem Thema "Zweiteilung des Studiums" um. Obwohl sich die Industrie, auf die das geplante "Bak-kaulareat" ja zugeschnitten sein soll, eher skeptisch äußert (schließlich ist man dort nicht an Fachidioten, sondern durchaus an MitarbeiterInnen mit wissenschaftlichem Basiswissen interessiert, die sich vielseitig einsetzen lassen), wird das Schmalspurstudium gehandelt wie der Stein der Weisen.

### Aus für die FHs ?

Hauptleidtragende einer solchen Strukturreform wären die FachhochschulabsolventInnen. Schon heute sind sie schlechter als Uni-Abgänger gestellt, was Bezahlung und Aufstiegschancen angeht. (Das zieht sich bis in den Hochschulbereich: Der neue Tarifvertrag für HiWis, der jüngst abgeschlossen wurde, sieht für Uni-Studierende eine Entlohnung von knapp 18,-, für FH-Studis jedoch nur 13,20 DM pro Stunde vor ...) Künftig wird der FH-Abschluß zu einem Diplom dritter Klasse (nach wissenschaftlichem und "normalem" Uni-Diplom) degradiert sein.

Die Fachhochschulen bieten bekanntlich schon heute das berufsqualifizierende Studium an, das künftig an den Unis eingerichtet werden soll. Trotzdem gehen viele Studierende an die Unis, obwohl sie sich nicht wissenschaftlich betätigen wollen. Dies liegt zum Teil daran, daß die meisten FHs einen lokalen Numerus Clausus haben, der viele Leute zwingt, an die Uni zu gehen, obwohl sie gar nicht wollen; zum anderen ist es eine Folge der mangelnden Durchlässigkeit der Systeme.

Wer weiß denn schon vor Beginn des Studiums, worum es genau in seinem Studienfach geht, geschweige denn, ob ihn eventuell die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Themengebiet interessieren würde ? Hat man sich aber erst einmal für die FH entschieden, ist es unendlich schwer, doch noch an die Uni zu wechseln. Ein Beispiel: Um mit FH-Diplom (!) in Informatik an der FAU zu studieren, muß man (1) das Diplom in Bayern gemacht haben, (2) eine Gesamtnote "sehr gut" vorweisen können und bekommt (3) nicht einmal das komplette Vordiplom anerkannt.

### Gesamthochschule als Lösung ?

Bessere Möglichkeiten zum Wechsel zwischen den Hochschulsystemen sind also notwendig. Ein Konzept, daß dies bietet, ist das der Gesamthochschulen. Hier teilt sich das Studium in ein gemeinsames Grundstudium für alle Studierenden und ein Hauptstudium, in dem sich jedeR Studierende entweder für einen kurzen berufsqualifizierenden Zweig oder einen etwas längeren wissenschaftlichen entscheidet.

Leider genießen die Gesamthochschulen in Deutschland - vor allem wohl aus ideologischen Gründen - keinen guten Ruf. So gibt es sie bisher nur in Nordrhein-Westfalen und Hessen, und auch dort werden sie nicht mehr gefördert. Es ist halt allemal angenehmer, dem Elitedenken der "reinen" Universität zu huldigen, als Chancengleichheit herzustellen.

### Und weiter ?

Und so werden sie denn weiterbasteln, die Bildungsexperten in Bonn, München und anderswo - zwischendurch mal aufgeschreckt durch eine kleine Demo oder einen netten StudentInnenstreik, aber trotz allem ignorant wie gehabt. Derin schließlich: Jede Studierendenschaft hat die Bildungspolitiker, die sie verdient !

# Vorlesungsumfrage

Graham Horton vom Lehrstuhl III hat in seiner Vorlesung "Lösung technisch-wissenschaftlicher Probleme mit Parallelrechnern" im letzten Sommersemester 1992 eine Vorlesungsumfrage gemacht. (Da die Veranstaltung im Sommersemester stattfand, konnte sie bei unserer Umfrage Ende des Wintersemesters nicht berücksichtigt werden.) Die Ergebnisse hat er selbst ausgewertet und uns die Auswertung zum Abdruck zur Verfügung gestellt. Wir freuen uns darüber, daß es AssistentInnen gibt, die daran interessiert sind zu erfahren, wie ihre Veranstaltungen von den HörerInnen aufgenommen werden, und aus eigenem Antrieb eine Umfrage machen. Wird von uns zur Nachahmung empfohlen! (Logistische Unterstützung in Form von Fragebögen etc. leisten wir gerne)

## Fragen:

1. Strukturierung der Vorlesung (-3 schlecht ... 3 gut)
2. Trennung von Wesentlichem und Unwesentlichem (-3 schlecht .. 3 gut)
3. Ausdrucksweise (-3 unverständlich ... 3 verständlich)
4. Einsatz visueller Hilfsmittel (-3 verwirrendes Tafelbild ... 3 übersichtliches)
5. Einsatz schriftlicher Unterlagen (-3 kein/schlechtes Script oder Literatur ... 3 gute Begleitliteratur oder Script)
6. Tempo der Vorlesung (-3 zu schnell .. 0 optimal .. 3 zu langsam)
7. Fähigkeit, die Vorlesung interessant zu machen (-3 langweilig ... 3 interessant)
8. Eingehen auf Zwischenfragen (-3 verwirrende Antworten ... 3 ausführliche Beantwortung)
9. Engagement der DozentIn (-3 schlecht ... 3 gut)
10. Zahl der behandelten Themen (-3 zu wenige ... 0 optimal ... 3 zu viele)
11. Behandlung der Themen (-3 zu viel Theorie ... 0 optimal ... 3 zu wenig Theorie)
12. Aktualität der Vorlesung (-3 Überarbeitung notwendig ... 3 up to date)
13. Einbindung ins Studium (-3 unbrauchbar ... 3 paßt optimal)
14. Gesamteindruck der Vorlesung (-3 nie wieder ... 3 empfehlenswert)
15. Abstimmung Vorlesung/Übung (-3 nicht erkennbar ... 3 gute Ergänzung)
16. Aufgabenqualität (-3 zu schwer ... 0 optimal ... 3 zu leicht)
17. Übungsinhalte (-3 haupts. theoretisch ... 3 beispielorientiert)
18. Vorgehen der ÜbungsleiterIn (-3 Übung im Vorlesungsstil ... 3 interaktiv)
19. Gesamteindruck Übung (-3 sehr schlecht ... 3 optimal)
20. Einschätzung des eigenen Aufwands für Vorlesung und Übung (-3 zu wenig ... 0 gerade richtig ... 3 zu viel)
21. Einschätzung des Lernerfolgs (-3 nichts gelernt ... 3 viel dazugelernt)

## Anmerkung:

Dies ist eine verkürzte Wiedergabe der Fragen. Der Fragebogen ist mit unserem Vorlesungsfragebogen identisch, der Ende dieses Semesters in den Vorlesungen verteilt wurde (siehe OUTPUT Juni 1992 bzw. nächstes OUTPUT).



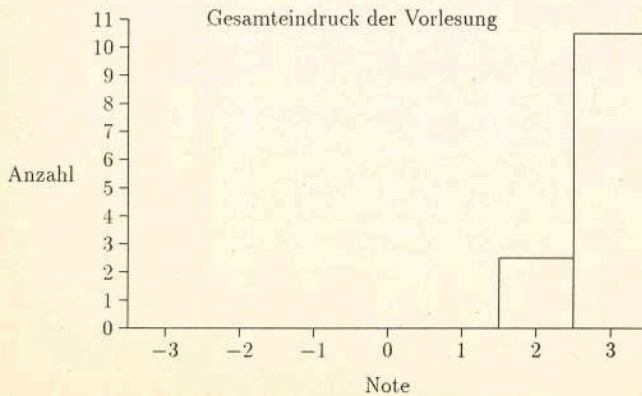
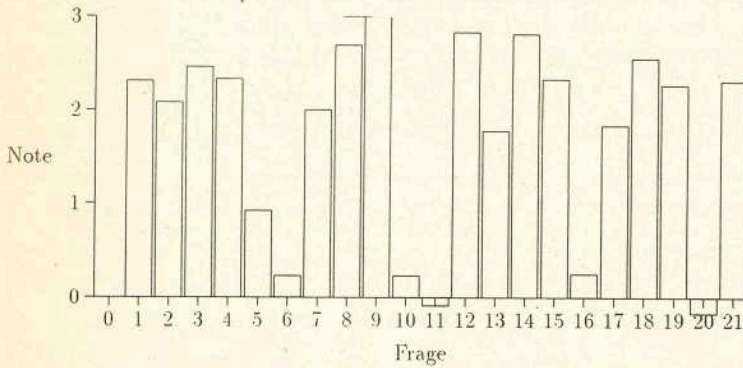
# Lösung technisch-wissenschaftlicher Probleme mit Parallelrechnern (2 V + 2 UE)

Graham Horton, IMMD 3, SS92

Frage	min	max	$\Sigma$	#	Aver.	Opt.
1	2	3	30	13	2.31	3
2	1	3	27	13	2.08	3
3	2	3	32	13	2.46	3
4	1	3	28	12	2.33	3
5	-1	2	11	12	0.92	3
6	-1	1	3	13	0.23	0
7	0	3	24	12	2.00	3
8	2	3	35	13	2.69	3
9	3	3	39	13	3.00	3
10	-1	2	3	13	0.23	0
11	-1	1	-1	13	-0.09	0
12	2	3	34	12	2.83	3
13	1	3	23	13	1.77	3
14	2	3	36.5	13	2.81	3
15	1	3	28	12	2.33	3
16	-1	2	3	12	0.25	0
17	0	3	22	12	1.83	3
18	2	3	23	9	2.55	3
19	1	3	25	11	2.27	3
20	-2	1	-2	12	-0.17	0
21	2	3	30	13	2.31	3

**Legende:**

min: kleinster angegebener Wert  
 max: größter angegebener Wert  
 #: Anzahl abgegebener Bewertungen  
 Aver.: Durchschnitt  
 Opt.: Optimalwert für die jeweilige Frage



## Kongreß von Frauen in Naturwissenschaft und Technik

Der 19. Bundesweite Kongreß von Frauen in Naturwissenschaft und Technik findet dieses Jahr vom 20.-23. Mai in Berlin statt.

Dieses Treffen bietet Frauen aus naturwissenschaftlichen und technischen Berufen bzw. Studiengängen ein breites diskussionsforum. In kleinen Arbeitskreisen, Vorträgen oder Praktika bietet sich die Möglichkeit sich mit anderen Frauen über die vielfältigsten Themengebiete auszutauschen. Letztes Jahr in Bremen gab es rund 80 Veranstaltungen.

Der zeitliche Ablauf des Kongresses sieht etwa folgendermaßen aus:

Donnerstag:	ab 14:00 Uhr 16:00 Uhr	Anmeldung Eröffnungsplenum
Freitag und Samstag:	8:45 - 19:15 Uhr abends	Vorträge und Arbeitsgruppen Kulturprogramm
Sonntag:	9:30 Uhr	Abschlußplenum

Das Endgültige Programm für Berlin mit den Veranstaltungen werden wir ab Mitte März haben. Wir werden voraussichtlich wie letztes Jahr als Gruppe mit der Bahn fahren.

Frauen, die sich für den Kongress interessieren und genaueres über Inhalt und Organisations wissen möchten, können sich bei mir melden. (Natürlich auch diejenigen, die bereits jetzt schon wissen, daß sie mitfahren möchten.)

*Bitta*

---

### Letzte Meldung

Aufgrund der Nachfrage haben wir uns entschlossen eine Sammelbestellung für das Poster

### "Bedeutende Naturwissenschaftlerinnen"

zu machen, das im zweiten Stock auf dem Weg ins FSI-Zimmer hängt. Wer daran interessiert ist, bitte im FSI-Zimmer melden.



## Nachtrag zum Fragebogen für DiplomandInnen

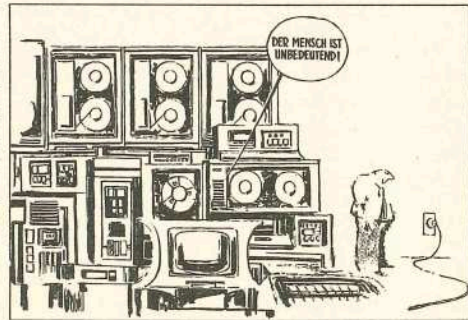
Im Juni-OUTPUT 1992 berichteten wir über den „Erhebungsbogen für Prüfungskandidaten“ des Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung. Mit Hilfe dieses Fragebogens werden einige Details über den Ablauf des Studiums - wie z.B. Fachsemesteranzahl, Prüfungsergebnis, Studienunterbrechung - abgefragt. Das Volkszählungsurteil vom 15.12.83 rückte das Hochschulstatistikgesetz (HStatG), das dem Fragebogen zugrunde liegt, in verfassungsfeindliches Licht. Zum 1.6.1992 trat daher ein neues HStatG in Kraft, welches diesen Fragebogen nicht vorschreibt. Diese Tatsache veranlaßte das Prüfungsamt der Erlanger Uni jedoch nicht dazu, die Versendung und die Eintreibung des ausgefüllten Fragebogens zu stoppen. Soweit die Kurzfassung der Fakten aus dem Juni-OUTPUT.

Im Oktober 1992 sicherte der Leiter des Prüfungsamtes zu, daß die Versendung des Fragebogens gestoppt werde. Man war sich der Rechtslage offenbar voll bewußt, hatte aber scheinbar „vergessen“ entsprechend zu handeln. Studierende, die bereits einen Fragebogen erhalten hatten, sollten bei der Abgabe der Diplomarbeit (bei der auch der Fragebogen abgegeben werden sollte) explizit darauf hingewiesen werden, daß die Abgabe eines ausgefüllten Fragebogens nicht mehr notwendig sei. Damit war ein Problem aus der Welt geschafft, aber ein anderes entstand damit: Die Daten, die vom Prüfungsamt früher über den Fragebogen erhoben wurden, werden jetzt per Datenträgeraustausch an das Statistische Landes-

amt übermittelt<sup>2</sup>. Anders zu der bisherigen Situation erhalten die Betroffenen so keine Kenntnis von der Weiterleitung ihrer Daten. Deshalb wurde vom Prüfungsamt angeboten, daß bei der Umstellung der Prüfungsdatenverarbeitung auf ein neues System den Studierenden bei jedem Kontakt mit dem Prüfungsamt ein „Datenkontoauszug“ zugestellt werden soll. Auf diesem Auszug soll auch vermerkt werden, welche Daten an welche Stelle aufgrund welcher Rechtsgrundlage weitergeleitet wird. Insgesamt also ein sehr positives Bild, das zeigt, wie mit ein wenig gutem Willen und Einsicht im Rahmen der nicht gerade datenschutzfreundlichen Statistikgesetze eine für alle Seiten halbwegs befriedigende Lösung gefunden werden konnte.

Leider muß dieses positive Bild zum Schluß doch noch ein wenig getrübt werden. Im Dezember 1992 wurde wieder ein Fragebogen an einen Kommilitonen verschickt. Hoffentlich nur ein einmaliges Versehen ...

Stefan



<sup>2</sup>Dabei handelt es sich nicht genau um die selben Datenfelder. Details siehe OUTPUT 6/1992.

## Bayern tut was gegen Rechtsradikalismus

Jetzt reagiert auch der Freistaat Bayern auf den wieder an die Oberfläche getretenen Rechtsradikalismus in Deutschland. BewerberInnen für einen Job im öffentlichen Dienst, sei es als Arbeiterin, Angestellte oder Beamtin müssen im „Fragebogen zur Prüfung der Verfassungstreue“ Angaben zur Mitgliedschaft in „extremistischen oder extremistisch beeinflussten Organisationen“ machen.

### Der bayerische „Fragebogen zur Prüfung der Verfassungstreue“

Zusammen mit diesem Fragebogen wird an die BewerberInnen auch eine Liste solcher Organisationen ausgeliefert. Auf dieser Liste finden sich jetzt neben ex-DDR Organisationen, PDS, DKP, MSB u.a. auch rechte Gruppierungen wie die NPD, DVU, FAP etc. Die Republikaner fehlen auf dieser Liste. Dieses Verfahren löst seit Anfang 1992 die Regelanfrage beim Verfassungsschutz ab. Von nun an wird nur noch nachgefragt, wenn „aufgrund des Fragebogens Zweifel an der Verfassungstreue des Bewerbers bestehen“. Kommt die BewerberIn aus dem Beitrittsgebiet, so wird in jedem Fall bei der „Gauck-Behörde“ nachgeforscht. In letzter Zeit versucht die Bayerische Regierung dieses Einstellungsverfahren als Programm „gegen Rechts“ zu verkaufen.

### Der Gesinnungsfragebogen als Mittel gegen den Rechtsradikalismus

Ändert sich durch diese Regelung wirklich etwas in dieser Gesellschaft? Wird dadurch, daß ein ehemaliges DKP Mitglied oder ein NPD Mitglied der Zugang zum öffentlichen Dienst verwehrt wird, etwas an der fremdenfeindlichen Stimmung in diesem Land verändert? Bei der Aktion der Bayerischen Regierung handelt es sich nur um puren Aktionismus, ein Symbol, etwas, das der Öffentlichkeit mit den Worten „wir tun doch etwas“ vor die Füße geworfen werden kann. Wer sich mit solchen Aktionen beschäftigt ist nicht daran interessiert, das Problem wirklich zu lösen, zeigt keine Ansätze die Ursachen, die hinter den Symptomen „steigende Aggression“ und „Fremdenfeindlichkeit“ stehen, wirklich lösen zu wollen. Dieser Fragebogen ist demokratischschädlich, da er die Grundrechte von BürgerInnen unverhältnismäßig einschränkt. Er ist unverhältnismäßig, da durch die Einführung dieses Einstellungsverfahrens das Leben für AusländerInnen in diesem Land nicht einfacher wird.

Das einzige Ziel dieser Aktionen ist neben der Öffentlichkeitswirkung die Erhaltung und Festigung der eigenen Macht durch totale Kontrolle. Dabei spielen besonders im aufgezeigten Zusammenhang mit Gesinnungsfragebögen viele verschiedene Ebenen eine Rolle. Es ist nicht allein so, daß sich die Regierenden des Repressionsapparates bedienen, um ihre Macht abzusichern. Ebenso hat der Repressions-



apparat selbst eine Eigendynamik. Der Verfassungsschutz z.B. – nach der Wiedervereinigung erst mal auf dem absteigenden Ast – sucht sich schon seit langem im Rechtsradikalismus ein neues Aufgabengebiet. Dies soll Stellenstreichungen oder gar der breiten Diskussion über seine Auflösung entgegenwirken<sup>1</sup>. Schon 1991 wollte der damalige VS-Chef von Brandenburg Ernst Uhrlau, V-Leute in der rechten Szene einsetzen, um rechtzeitig Polizei-Hundertschaften vor dem entsprechenden Asylantenheim platzieren zu können. Die aktuellen Ergebnisse des Schweriner Untersuchungsausschusses zu den Vorfällen in Rostock zeigen, wie absurd diese Vorstellung ist, Polizei und Verfassungsschutz könnten diese Gesellschaft vor dem Rechtsextremismus bewahren.

### Rechtsradikalismus nur ein Beispiel für symbolische Politik

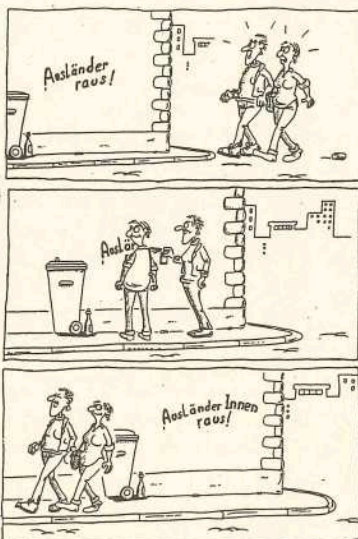
Nur die Auseinandersetzung mit den Ursachen der Symptome kann diese Gesellschaft und die in ihr lebenden Menschen noch retten. Ein Verfassungsschutz, der verborgenen derart unkontrolliert agiert und Versuche der Einschüchterung nach Art des bayerischen Fragebogens stehen dieser Auseinandersetzung nur im Wege. Der Schutz der von faschistischer Gewalt bedrohten MitbürgerInnen kann nur selbstverständliche, erste Maßnahme, nicht aber Programm gegen

<sup>1</sup> „Unsere Aufgaben sind zudem nicht geringer geworden. Als neuen Schwerpunkt haben wir den Rechtsextremismus“. So Verfassungsschutzpräsident Eckart Werthebach am 7.2.92 im taz-Interview.

Rechtsradikalismus sein.

Leider ist der Rechtsextremismus nur ein Beispiel für die symbolische und konzeptlose Politik heutzutage. Auch der Einsatz des „Gesetzes zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität“ gegen das Drogenproblem oder die US-amerikanischen Soldaten in Somalia sind ebensolche Symptombekämpfungsmaßnahmen, die von den eigentlichen Ursachen dieser Probleme ablenken und deren wirkliche Lösung unmöglich machen.

Stefan



## Neues vom Rechtskampf

Seit einiger Zeit — etwa seit Oktober — finde ich in meinem Briefkasten immer häufiger Werbematerial, Hetzschriften und Programme rechtsradikaler Grüppchen und Parteichen, die mit den obskuren Verdrehungen und Lügen versuchen, die gereizte Stimmung im Lande anzuheizen und Punkte zu sammeln. Wie ich auf den Verteiler dieser Machwerke geraten bin, kann ich nur vermuten: Anscheinend war ein Leserbrief in der SZ der Auslöser für diese fortgesetzten Versuche, mich zu missionieren.

Nun sind groß angelegte Postwurfaktionen aus der braunen Ecke ja keine Neuigkeit: Die DVU des Herrn Frey erfreut die Menschen schon seit Jahren besonders vor Landtagswahlen mit millionenschweren Werbekampagnen. Neu ist jedoch, daß auch weit kleinere und unbedeutendere Splittergruppen die Zeit für gekommen sehen, sich zu Wort zu melden, und die Mittel und die Motivation dazu haben.

Eine *Deutsche Wochenzeitung* schlägt vor, „So muß in Zukunft mit aufgegriffenen Zigeunern umgegangen werden: blutig schlagen bis auf die Knochen.“ Eine aufwendig gestaltete Hochglanzzeitung *HALT : Dem Deutschen Volke verpflichtet!* schreibt unter einem Foto vorrückender SS-Einheiten: „SS-Kavallerie: So war der deutsche Soldat: Todesmutig und treu!“. Während ein Großteil dieser Schriften ohne Absender verschickt wird, wagen sich inzwischen die ersten Macher aus der Anonymität. Ein *Freundeskreis Rechtskampf* legt nicht nur einen adressierten Rückumschlag bei, sondern fordert sogar über einen Herrn Lohmann zu Spenden auf. Die beigelegte *Remer-Depesche* (Hrsg. O.E. Remer nimmt für sich das Verdienst in Anspruch, den „Putsch“ des 20. Juli '44 gegen Hitler verhindert zu haben.) titelt: „Kohl stammt von Juden ab.“ Ein Dr. Koch läßt die Katze aus dem Sack: „Die Demokratie darf nie Selbstzweck werden. Krank der Mensch an ihr, muß sie vernichtet werden!“

Was passiert hier? Offensichtlich gibt es viel Geld, das den Druck dieser Zeitschriften finanziert. Es gibt Druckereien, die damit Geld verdienen. Es gibt Banken (in diesem Falle die Bayerische Vereinsbank, Bad Kissingen), bei denen ein Konto *Freundeskreis Rechtskampf* eingerichtet werden kann, deren Mitglieder „den Endkampf um den Bestand des deutschen Volkes“ fordern. Diese Rechten trauen sich mehr und mehr aus der Deckung und haben keine Probleme, die 1,70 DM Porto zu bezahlen, um auch Leute, die ihre ablehnende Haltung öffentlich gemacht haben, mit ihren Entgleisungen zu bedenken. Man kann sich vorstellen, mit welcher Hingabe sie sich echten potentiellen Interessenten widmen können ...

Wer immer noch von einer rechtsradikalen Szene spricht, die im Gegensatz zu den Linken der 70er, keine organisierten Strukturen erkennen läßt, der tut dies entweder grob fahrlässig oder mit Hintergedanken.



Was kann man tun, jenseits der Lichterketten und der Leserbriefe?

- Die Banken anschreiben und fragen, ob sie es denn nicht angebracht fänden, ihre Geschäftsbeziehungen zu diesen Rechtskämpfern zu überdenken. Die Bayerische Vereinsbank jedenfalls, von mir auf den Charakter dieser ihrer Kunden hingewiesen, beeilte sich umgehend, mir mitzuteilen, sie habe „die nötigen Konsequenzen gezogen“ und teile im übrigen meine Auffassung, blablabla
- Die Briefe ungeöffnet zurückschicken („Annahme verweigert“) — der Absender muß erneut Porto bezahlen. Und schließlich: Wer ist dieser Herr Lohmann, der zum Rechtskampf aufruft? Wer spendet, wer liefert das Papier, wer leckt die Briefmarke?
- Ein inzwischen wahrscheinlich bundesweit bekanntes Hetzgedicht über Asylanter in Deutschland ist anscheinend zum Renner alljener Dumpfköpfe avanciert, die zu faul sind, anonyme Briefe selbst zu verfassen. Auch hier in Erlangen wird dieses Gedicht in Copy-Shops stapelweise vervielfältigt. Wer geht dort ein und aus und kopiert diese Texte? Welche Copy-Shops billigen dies? „Namen nennen! Namen nennen! Namen nennen!“ (K. Tucholski).

Was wir jetzt brauchen, ist eine Gesellschaft, die diese Wirrköpfe ausfindig macht um ihnen kollektiv den Vogel zu zeigen. Eine Gegenbewegung, die allein auf staatliche Maßnahmen gebaut ist — Zensur, ein neuer Radikalenerlaß, Parteienverbote — schafft höchstens Märtyrer oder macht sich lächerlich; man denke nur an die fruchtlosen Versuche, alle Varianten des Hitlergrußes angemessen zu ahnden. Genausowenig wie Böll Wegbereiter der RAF war, ist jeder Sprücheklopfer heute ein Nazi. Und wenn wir ihn in Zukunft nach rassistischen Parolen alleine vor seinem Bier sitzen lassen, seine Semmeln nicht mehr kaufen oder ihm gar gehörig über den Mund fahren, dann wird sich so mancher überlegen, ob er überhaupt einer werden will. Mit den paar verbleibenden Unverbesserlichen mag sich dann die Justiz abmühen.

Stefan Geißler



Ulrich Dreckschmidt

# Morgengrauen

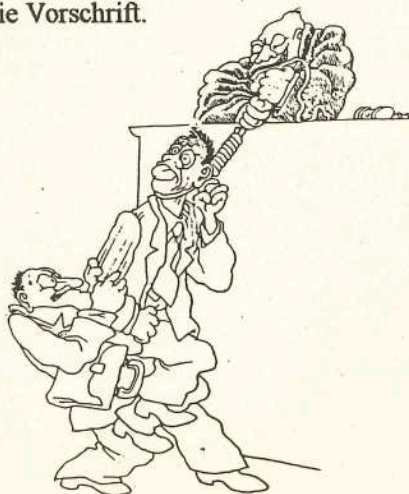
Als der Tag gerade anbrechen wollte, mußte er mit Entsetzen feststellen, daß man ihn festgenommen hatte. Er rief nach dem Wärter. Jener erklärte ihm, daß durchaus die Möglichkeit bestünde, freigelassen zu werden, und zwar, indem man einen Widerspruch schriebe, der dann an die verantwortlichen Stellen weitergeleitet und von diesen geprüft werden würde; ergäbe eine solche Prüfung, daß man tatsächlich unrechtmäßig inhaftiert wäre, so bekäme man unverzüglich einen Entlassungsbescheid.

Also bat der Tag den Wärter um Federhalter und Papier, um seinen Widerspruch so bald als möglich eingeben zu können, denn die Zeit drängte: Schließlich war es unmöglich, daß der Tag einfach nicht anbrach. Aber was konnte er schon zu seiner Rechtfertigung vorbringen? Woher wollte er denn wissen, ob er nicht schuldig war?

Er schrieb, daß er mit der Sache nichts zu tun hätte. Vielmehr läge aller Wahrscheinlichkeit nach lediglich ein bedauerlicher Irrtum vor - eine Verwechslung womöglich. Da es zudem von außerordentlicher Wichtigkeit wäre, daß er seiner Tätigkeit uneingeschränkt nachgehen könnte, bäte er um eine zumindest einstweilige Aussetzung des Haftbefehls.

Nachdem er ordnungsgemäß unterschrieben hatte, übergab er den Widerspruch dem Wärter. Jener versprach ihm freundlich - offensichtlich etwas gerührt von der emsigen Unbeholfenheit seines Gefangenen -, den Widerspruch gleich als erstes am nächsten Morgen bei den zuständigen Behörden einzureichen; mitten in der Nacht könnte er jedoch nichts dergleichen unternehmen - das verböte die Vorschrift.

Joachim Hofer





# Fehlertolerante Betriebsspannungsanzeige im Parsitek-Giga-Makulator<sup>1</sup>

W.Günter

Universität Erlangen-Nürnberg (IMMD III), Martensstr. 3, 8520 Erlangen

## Abstrakt:

*Makulatur ist nicht nur - wie fast alle denken - eine Dünnschicht unter einer (meist billigen) Tapete, sondern findet sich auch in Reinkultur in gängigen Rechnerarchitekturen, ja hier sogar in solchen, die keineswegs billig, sondern, weil "Superrechner", das Gegenteil sind. Ein lebhaftes Beispiel dieser Art, wenngleich auch nur auf einen Teilaspekt bezogen, ist der wohlbekannte Parsitek-Gigolo-Kubus. Makulatur ist jedoch inhdrend redundant, nicht nur im Falle der verzichtbaren Untertapete, sondern auch im Falle des "Giga-Makulators", der mitlän das Prädikat "fehlertolerant" zu Rechtt trägt, wie noch gezeigt werden wird.*

Leuchten, Blinken, Haun, Stechen, Stoßen; alles Attribute einer hektischen Aktivität in einer hektischen modernen Zeit. Nicht alle diese Attribute, gleichwohl aber Leuchten und z.T. auch Blinken, gehören auch zu modernen Rechenanlagen als optische Anzeiger für interne Aktivitäten, und erfreuen sich als dem menschlichen Wahrnehmungsvermögen direkt zugänglich wachsender Beliebtheit. "An-sein" oder "nicht An-sein" ist selbst beim primitivsten technischen Gerät von existentieller Bedeutung. Um wieviel bedeutungsvoller ist dann diese Frage bei massiver Parallelität von Rechnerarbeiten, wo sich die Problemstellung u.U. tausendfach auffächert? Welcher der unzähligen fleißigen Gesellen im Innenleben ist denn "on", und wer ist "gone"? Wer ist "off", und wer macht "Zoff"? Fragen über Fragen, die sich - dank fortgeschrittener Technologie - in Form von Status-LED's auf denkbar einfache Weise klären lassen.

Schon der Netzschalter (engl. *Power On*) ist in diesem Sinne optisch ausgerüstet, und findet sich bei allen bekannten Rechenanlagen, so auch bei Superrechnern wie schon der alten "Grey-1" (die mit den kleinen grauen Zellen) und der legendären "ILLIAS IV", die schon zu Homers Zeiten bekannt gewesen sein soll. Ganz im Trend liegen also die massiv-parallelen Anlagen der neueren MIMD-Generation. So findet sich z.B. an der Front des Designergehäuses (Collani?), für Nichteingeweihte: nicht unähnlich dem Raumschiff *Enterprise*, ein Leuchtpaneel von sage und schreibe 64 LED's, wohlgeordnet in Güterstruktur analog zur Rechnerstruktur des aus Transistoren zusammengesetzten Parsitek-Gigolo-Kubus. Der Laie tendiert mithin zu der Annahme, daß sich im Innenleben des (allerdings erdgebundenen) Raumschiffes 64 der schon erwähnten fleißigen Gesellen in reger Zusammenarbeit tummeln, wenngleich die eigentliche Dynamik auch nicht direkt aus der eher statisch wirkenden Anzeige ersichtlich ist. Einige Prozessoren, erkennbar an den vereinzelt dunklen LED's, scheinen jedoch ausgefallen (nicht bestückt, inaktiv?). Nichtsdestotrotz, der Parallelitätsgrad dünkt enorm. Ganz unabhängig von dieser angenommenen Funktionalität läßt sich, sozusagen als Dreingabe, die Lichterpracht auch als Notbeleuchtung im Klimaraum verwenden. Lange Rede, gar kein Sinn; kehren wir also wieder zur eigentlichen Fragestellung zurück, nämlich: welche Semantik besitzt das Lichtermeer? Aufgeschraubt, abmontiert und reinguckt. Und siehe da, weit gefehlt! Alle Led's sind parallelgeschaltet. Zudem befinden sich im Maschinenraum nur 16 Motoren statt der erwarteten 64.

Beitrag? Weitgeföhrt, wie ein Blick auf die Hersteller-Glanzbrochure unschwer erkennen läßt. Dort wird der Gigolo-Kubus nämlich als "fehlertolerant" ausgewiesen. Und in der Tat, das ist er: bis zu 63 Leuchtdioden dürfen ja ausfallen, ohne die Funktion der Betriebsspannungsanzeige zu gefährden, wahrlich eine stattliche Redundanz. Einzig und allein, soviel sei hiermit dem Hersteller angezeigt, der Name "Gigolo-Kubus" ist ungeschickt gewählt, wir empfehlen stattdessen die eingehendere Bezeichnung "Giga-Makulator", und können nur hoffen, daß sich diese bei den Anwendern auch durchsetzt.

<sup>1</sup> Alle eingetragenen Warenzeichen sind aus Unwissenheit und schamlos rechtlichsteht Größtmögl. geringfügig verändert. Verwechslungen sind erwünscht, auf diese Weise jedoch ganzschonk unmöglich.

## Karriere im Blickfeld

Heute planen und vorsorgen mit ZSH

- **Bewerbungsstrategien**
- **Existenzgründungsberatung**
- **Vermögenswirksame Leistungen**
- **Private Krankenversicherung**
- **Altersversorgung**
- **Finanzierungskonzepte**
- **Betriebswirtschaftliche Analysen**
- **Absicherung des Betriebes**
- **Steuersparprogramme**
- **Baufinanzierungen, Bausparen**

ZSH bietet unabhängige Entscheidungshilfe zur Optimierung Ihrer Berufsplanung. Diese Objektivität ermöglicht erst eine individuelle Versorgungsanalyse und die Ausarbeitung kostengünstiger Finanzierungssysteme.

**Zech & Schneider - Helmholtz GmbH**

Geschäftsstelle Erlangen  
Ihre Ansprechpartner:  
K. Eberwein, P. Koppe  
Michael-Vogel-Str. 1 d  
Tel.: 09131 / 26028

Vertretung mit Unterschrift seit 1972  
bitte nur nach vorheriger telefonischer Anmeldung